

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: BAG Migration & Flucht
Beschlussdatum: 20.11.2023
Status: Zurückgezogen

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 84 bis 90:

nun konsequent verboten werden. Hetze und Gewalt müssen die volle Härte unseres Rechtsstaats als Antwort haben. Wer aber meint, das Problem des **extremistischen** Antisemitismus ließe sich einfach durch mehr Abschiebungen lösen, verkennt, dass sich Antisemitismus durch alle Räume der Gesellschaft zieht, **er kann rechts- oder linksextremistisch oder islamistisch motiviert sein**. Alle antisemitischen Straftaten und Volksverhetzung müssen selbstverständlich gemäß dem geltenden Recht verfolgt werden und **harte strafrechtliche** Konsequenzen für die Täter*innen haben, ~~bis hin zu Freiheitsentzug oder dem Entzug der Aufenthaltserlaubnis~~. Diese Möglichkeit besteht längst.